



## Hans-Josef Fell

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher für Energie und Technologie  
Bundestagsfraktion B 90/Die Grünen  
Platz der Republik · 11011 Berlin

# Energiepolitische Bilanz der Großen Koalition

Die Regierungszeit der Großen Koalition ist fast vorüber. Sie war in der Energiepolitik weitgehend von Stillstand und Rückschritt geprägt. Bundeskanzlerin Merkel und Minister Gabriel betrieben eine Politik der großen Worte, aber ruhenden Hand. Zwar wurde ein integriertes Klimaschutz und Energieprogramm verkündet. Wenn es um die Umsetzung und die Details ging, blieb von den Ankündigungen wenig mehr übrig als die Bilder von Angela Merkel vor dem Eisberg und die Patenschaft des Eisbären Knut durch Umweltminister Gabriel. Um die eigene Handlungsunfähigkeit zu kaschieren, hatte die Bundeskanzlerin gleich mehrere Energiegipfel einberufen, die aber keine Ergebnisse brachten. Gescheitert ist das Effizienzgesetz, das der neue Wirtschaftsminister zu Guttenberg blockierte, obwohl die entsprechende EU-Richtlinie bereits im Mai 2008 in nationales Recht hätte umgesetzt werden müssen. Jetzt drohen Deutschland Strafzahlungen. Ebenfalls gescheitert ist das CCS-Gesetz. Dies wäre eine gute Nachricht, hätte Angela Merkel nicht angekündigt, gleich nach der Wahl das Gesetz neu einzubringen und Bürgerrechte außen vor zu lassen. Rückschritte gab es vor allem bei Biokraftstoffen; die heimische und vielfach nachhaltige Erzeugung wurde besteuert, was zu Konkursen und Jobverlusten führte.

Nur in einem Punkt waren sich die „Klimakanzlerin“ und ihr Umweltminister einig. Sie wollen neue Kohlekraftwerke bauen. Die Kanzlerin will sogar möglichst viele Kohlekraftwerke exportieren was nur der weiteren Erderwärmung dient.

## Atompolitik

Trotz geltendem Atomausstiegsgesetz und einer Reihe von Pannen wurde kein einziges Atomkraftwerk in dieser Legislaturperiode endgültig abgeschaltet. Minister Gabriel hat hier nur eine Nullnummer vorzuweisen, auch wenn er im Wahlkampf endlich gegen einige Missstände vorgeht. Immerhin konnte dem Forschungsministerium die Zuständigkeit für das Endlager Asse entzogen werden, nachdem dieses jahrzehntelang die Missstände verwaltet hatte. Ein Asse-Untersuchungsausschuss des Bundestages wurde jedoch mit den Stimmen der Großen Koalition der FDP abgelehnt. Man will nicht zu genau wissen, was da geschehen ist.

Bei der Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle ist die Große Koalition nicht weitergekommen. Die Bundeskanzlerin beharrt weiter auf das Endlager Gorleben. Umweltminister Gabriel will hingegen eine ergebnisoffene Standortsuche, hat hierzu aber nicht einmal einen Gesetzentwurf vorgelegt.

## Energie- und Klimagipfel

Auch die vielen von Kanzlerin Merkel dominierten Regierungsgipfel, vor allem G8- und EU-Gipfel, leiden unter Erfolglosigkeit und Widersprüchen. Auf der einen Seite wird versucht, die Energieversorgungssicherheit mit neuen Erdöl- und Erdgaspipelines, mit neuen Kohlekraftwerken zu wahren. Erneuerbare Energien wird dabei keine nennenswerte Rolle zugeordnet. Auf der anderen Seite wird dann über Klimaschutz geredet. Da Erdöl, Erdgas und Kohle die entscheidenden CO<sub>2</sub>-Emittenten sind, ist die von der Kanzlerin vorgeschlagene Energie- und Klimapolitik zum Scheitern verurteilt. Aufgrund der

schnell zurückgehenden fossilen Ressourcen ist so die Versorgungssicherheit nicht zu schaffen und auf Grund des Beharrens in der fossilen Energieversorgung ist wirksamer Klimaschutz nicht möglich.

### Klimaschutzpaket der Bundesregierung

Das von der Bundesregierung vorgelegt „Klimapaket“, hat seinen Namen nicht verdient. Das Ziel der Bundesregierung, 40% CO<sub>2</sub> einzusparen, wird damit nicht erreicht, was selbst der Umweltminister eingestehen musste. Auf EU-Ebene hat sich die Bundesregierung dann sogar erfolgreich dafür eingesetzt, dass neue Kohlekraftwerke subventioniert werden. Mit ebenso großem Engagement kämpften Merkel und Gabriel in Brüssel dafür, die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Pkw so hoch zu treiben, dass auch künftig noch Spritschlucker verkauft werden können.

Bis heute profitierte die große Koalition noch von den im Wesentlichen von der rot-grünen Parlamentsmehrheit geschaffenen gesetzlichen Rahmenbedingungen für Erneuerbare Energien. Diese waren vor allem im Strombereich mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sehr erfolgreich. Statt diese Dynamik auch auf den Wärme-, Gas,- und Verkehrssektor zu übertragen und endlich eine breit angelegte Energiespar-Offensive auf den Weg zu bringen, konnte sich die große Koalition nur zum Klein-Klein durchringen. Mehr noch – in wichtigen Punkten verschlechterte schwarz-rot die Rahmenbedingungen sogar noch. Schauen wir uns die Details an:

### Markteinbrüche für Erneuerbare Energien seit Anfang 2007

Die halbherzige Regierungspolitik nahm achselzuckend hin, dass in Teilbereichen der Erneuerbaren Energien seit Anfang 2007 ein Rückgang der Investitionstätigkeiten bzw. Stagnation zu verzeichnen war. So waren zwischenzeitlich die Investitionen für neue Biogasanlagen um 50 bis 70 % eingebrochen. Die Investitionen in Sonnenkollektoren fielen um 35 %, im Biomassebereich sogar um 60 %, davon allein die Holzpelletsheizungen um 50 %. Die mittelständisch geprägte, dezentrale Produktion von Biokraftstoffen wurde zunehmend erschwert; ersten Firmen droht der Konkurs. Neuinvestitionen in Deutschland mit der Windkraft sind weiterhin rückläufig und vom Ausbau der Offshore-Windenergie ist bis auf ein Testfeld nichts zu sehen. Deutschland hat unter schwarz-rot sogar seine Position als Weltmeister in der Windenergie verloren. Lediglich die Photovoltaik und die Nutzung der Tiefenerdwärme sind weiterhin auf einem erfolgreichen Ausbauweg - dank des von Rot-Grün eingeführten Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

### Wettbewerbspolitik

Nachdem unter den Wirtschaftsministern Müller und Clement die Oligopolisierung der deutschen Stromversorgung vorangetrieben wurde und die Wettbewerber aus dem Markt gedrängt wurden, zogen die Preise deutlich an. Selbst die mit dem EEG initiierten neuen Akteure der Branche der Erneuerbaren Energien konnten die Konzentration auf wenige Konzerne noch nicht aufhalten. Nur auf öffentlichen Druck hin legte Wirtschaftsminister Glos eine ihm wesensfremde Handlungsfähigkeit an den Tag und veränderte das Kartellrecht – allerdings, wie zu befürchten war, ohne Erfolg. Wesentlich wirksamer wäre die Trennung der Stromerzeugung von Verteilung und Vertrieb, wie es u.a. von der EU-Kommission gefordert wurde. Auf der Übertragungsebene sollte dies auch eigentumsrechtlich erfolgen. Leider fehlte dazu der Bundesregierung der Mut und sie hatte sich neben der französischen Regierung an die Spitze der Besitzstandswahrer in Brüssel gesetzt. Zu eng ist weiterhin das Geflecht zwischen den Zentralen der Energiewirtschaft und der Union sowie einigen SPD -Energiepolitikern.

### Energieeinsparung

Bei der Gebäudesanierung wurden die Mittel anfangs aufgestockt. Von einer ausreichenden Mittelausstattung für die Sanierung des Gebäudebestands kann aber immer noch nicht die Rede sein.

Bei dem Thema Energiepass hat die Bundesregierung mittlerweile die EU-Vorgabe umgesetzt, einen

Energiepass für Gebäude einzuführen. Sie hat einen am Gebäudebedarf orientierten Energiepass eingeführt für alle Gebäude mit weniger als fünf Wohnungen, die vor 1978 entstanden sind. Für alle anderen Gebäude besteht jedoch die Wahl zwischen verbrauchs- oder bedarfsorientiertem Energieausweis. Diese Regelung ist uneinheitlich und verwirrend. Sinnvoll wäre eine einheitliche Regelung über einen Ausweis, der orientiert am Bedarfswert eines Gebäudes von einem autorisierten Energieberater erstellt wird. Hierdurch würde Hauseigentümern und Mietern ein Instrument geschaffen, das den Energieverbrauch eines Gebäudes für jeden vergleichbar und transparent macht. Dies ist durch einen Ausweis, der sich lediglich am Verbrauch orientiert, nicht gegeben.

Vollkommen ruhte bislang hingegen die Hand der Bundesregierung bei wirkungsvollen Maßnahmen zur Energieeinsparung im Strom- und Verkehrssektor.

## Erneuerbare Energien

Wenn man die Kanzlerin Merkel und ihren Umweltminister Gabriel hört, könnte man meinen, deren Devise sei, je mehr Erneuerbare Energien, desto besser. Leider ist das Gegenteil der Fall. Im Frühjahr ließ sich die Kanzlerin noch dafür feiern, dass sie den Vorschlag der EU-Kommission auch im Europäischen Rat durchgesetzt hatte, den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Energieversorgung der EU auf 20 % anzuheben. Dabei sind 20 % Erneuerbare Energien viel weniger als die Branche leisten kann und will. Selbstredend reichen 20 % Erneuerbare für den Klimaschutz überhaupt nicht aus. Doch selbst nach der Festlegung dieses schwachen Ziels ging das Gefeielsche um die innereuropäische Verteilung los. Anstatt um einen möglichst großen Teil am europäischen Kuchen zu kämpfen, um die Vorreiterrolle Deutschlands auszubauen, geschieht das genaue Gegenteil. Die Bundesregierung versucht in Brüssel alles, den Anteil in Deutschland möglichst weit unter 20 % zu halten und erzielte 18%. Wer Erneuerbare Energien als Last betrachtet, hat die Denkkategorien der Energiekonzerne übernommen und beweist, dass er an das eigene Gerede des Einklangs von Umweltschutz und Innovationspolitik nicht glaubt. Kein Wunder, dass daraus auch möglichst wenig Handlungen für Erneuerbare Energien folgen.

Gleich zu Beginn ihrer Regierungszeit verschlechterte die Große Koalition die steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen in Erneuerbare Energien für private Anlagen in Erneuerbare-Energien-Fonds. Damit wurden die Investitionen für Fonds in Erneuerbare Energien deutlich schlechter gestellt als die Investitionen der Energiekonzerne, die steuerlich weiter begünstigt sind, da sie weiterhin über die Körperschaftsteuer Verluste anrechnen können, was den Fonds für Erneuerbare Energien verwehrt ist.

Noch härter hat die Steuerpolitik der Großen Koalition die Biokraftstoffe getroffen. Diese werden jetzt besteuert. Weder Merkel noch Seehofer oder Steinbrück hatten vor der Bundestagswahl auch nur angedeutet, eine Besteuerung von Biodiesel und Pflanzenöl einzuführen. Die Besteuerung der Biokraftstoffe brachte Firmenpleiten und Arbeitsplatzverluste. Es handelte sich hier um ein ganz gezieltes Anti-Konjunkturprogramm gegen den Mittelstand zugunsten der Mineralölkonzerne. Schwarz-rot sei Dank steigt der Erdölanteil am Spritverbrauch wieder.

Beim Biogas wartete man vier Jahre lang vergeblich auf ein Biogaseinspeisungsgesetz, das auch neuen Akteuren außerhalb der Erdgaskonzerne wirtschaftliche Investitionen bietet, und daher längst überfällig ist. Gleich zwei Anträge der Grünen hierzu wurden von der Großen Koalition und der FDP abgelehnt. So wie die Biogaseinspeisung heute abläuft, handelt es sich vor allem um einen Bestandsschutz der Erdgaskonzerne, die sich nur geringfügig um die Biogaseinspeisung kümmern.

## Erneuerbare Energie im Wärmesektor

Hier galt in den ersten beiden Jahren die Devise, nichts anzufassen, was keinen sicheren Erfolg in der Öffentlichkeit bringen könnte. In diesem Sinne konsequent hatte Bundesumweltminister Gabriel das Wärmegesetz für Erneuerbare Energien auf die lange Bank geschoben. Auch die zwischenzeitlich erheblichen Probleme mit dem Marktanreizprogramm konnten ihn nicht zur Aktivität bewegen. Erst in Folge der öffentlichen Klimadiskussion war er aus der Deckung gekommen. Seine Ankündigung, doch

ein Wärmegesetz für Erneuerbare Energien zu unterstützen, kam exakt einen Tag nachdem die große Koalition im Umweltausschuss des Bundestages einen entsprechenden Antrag der Grünen abgelehnt hatte. Nachdem Gabriel sich anfangs für die Aufnahme des Altbaus in das Gesetz ausgesprochen hatte, ließ er die Altbauten wie eine heiße Kartoffel fallen, nachdem sich Widerstand regte. Ohne den Gebäudebestand ist das Gesetz aber ein Torso, das nur marginal Wirkung entfalten kann. Ganz vergessen wurde im Übrigen die Kleinwindkraft, obwohl es mittlerweile einige interessante Kleinwindräder zur Wärmeerzeugung auf dem Markt gibt.

### Erneuerbare Energien im Stromsektor

Gute Nachrichten gibt es bislang nur für Teilbereiche für die Erneuerbaren Energien im Stromsektor. Hier gilt das erfolgreiche rot-grüne EEG. Das Gesetz läuft trotz Einschnitte in Teilbereichen der Photovoltaik bislang im Großen und Ganzen weiter so. Hier konnte sich die Union mit drastischen Senkungen der Vergütungssätze nur bei Dachanlagen durchsetzen, die größer als 1 Megawatt sind. Verbesserungen gab es immerhin in Teilbereichen der Biomasse sowie bei Wind-Offshore.

Zuvor hatte die Bundesregierung bei Erneuerbaren bereits die Offshore-Netzregelung verbessert. Die Netzkosten für die Errichtung der Offshore-Windparks sollen künftig von den Netzbetreibern und nicht mehr von den Windparkerrichtern finanziert werden. Damit sind die Offshore-Windpark-Betreiber den Kondensations-Kraftwerksbetreibern gleichgestellt, die bekanntlich auch nicht selbst den Neubau von Netzen zahlen müssen. Leider konnte sich die Bundesregierung nicht dazu durchringen, über einen schmalen Streifen an den Küsten hinaus, die Verlegung von Erdkabeln voranzutreiben. Auch im später verabschiedeten Energieleitungsausbaugesetz gab es nur die Bereitschaft einige wenige Erdkabeltrassen zu erproben. Erdkabeltrassen hätten eine Reihe von Vorteilen, vor allem auch für die Sicherheit der Stromversorgung, wie die Schneebrüche im Münsterland zeigten und für mehr Akzeptanz in der betroffenen Bevölkerung. Wie zu erwarten war, gibt es jetzt Widerstände gegen Stromtrassen und so mit einer Verzögerung des notwendigen Netzausbaus. Diesen Ärger hätte man sich sparen können. Innovativ wäre es gewesen, wenn die Bundesregierung wenigstens für einen kleinen Teil des Netzausbaus Supraleitungen priorisiert hätte. Diese sind zwar noch teuer aber schon einige dutzend Kilometer hätten dieser Technologie und vor allem den hiesigen High-Tech-Unternehmen einen immensen Schub gegeben. Leider hat die Große Koalition bei dieser Regelung die Meeresenergien vergessen. Dabei bräuchten auch Wellenkraftwerke eine gute Netzregelung.

### Energieversorgungssicherheit

Offenbar hört die Bundesregierung auch in der Beurteilung der Erdöl- und Erdgasressourcen auf die großen Mineralölkonzerne. Folglich gibt es für die Bundesregierung kein Ressourcenproblem. Dabei sind wir kurz davor, das Fördermaximum beim Erdöl zu erreichen, manche sagen sogar, dass es schon überschritten sei. Dies wird erhebliche Folgen auch für die Erdgasversorgung haben. Die große Koalition geht mittel- und langfristig davon aus, dass es kein Angebotsproblem beim Erdöl geben wird und setzt beim Erdgas einfach nur auf Diversifizierung der Quellen, meist aus unsicheren Lieferländern. Unklar bleibt hierbei, wo das Erdgas in der Zukunft herkommen soll.

Stattdessen wird auf eine ökologisch und politisch hoch umstrittene Ostseepipeline gesetzt sowie die Erdgaspipeline Nabucco, bei der unklar ist, aus welchen konkreten Erdgasfeldern das Gas dereinst fließen soll. Dabei kann in Zweifel gezogen werden, ob Nabucco auch ohne iranisches Erdgas gefüllt werden, was in die Abhängigkeit vom iranischen Mullahregime führen würde. Eine Biogasstrategie, die einen zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehenden Energieträger für die Gasversorgung und gleichzeitigen Klimaschutz erschließen könnte, verfolgt die Bundesregierung nicht, obwohl inzwischen nachgewiesen wurde, dass der aktuelle europäische Erdgasbedarf durch Biogas ersetzt werden könnte.

## Emissionshandel

Die Bundesregierung setzt vor allem auf fossile Energiequellen, wobei die SPD wiederum alles tut, um die Kohle zu puschen. Selbst der Emissionshandel - ursprünglich dazu gedacht, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern - wird dazu missbraucht, den Bau von Kohlekraftwerken zu forcieren, als wenn die Kohlesubventionen nicht schon genug wären. Dass diese Kohlekraftwerke dann auch noch in 40

Jahren CO<sub>2</sub> ausstoßen, interessiert in der derzeitigen Bundesregierung offenbar niemand. Zukünftig sollen diese noch mit bis zu 15% der Investitionssumme bezuschusst werden, um den Erneuerbaren Energien Konkurrenz machen zu können

Sowohl die Union als auch die SPD und FDP träumen von zukünftigen „CO<sub>2</sub>-freien“ Kohlekraftwerken während de facto CO<sub>2</sub>- Schleudern ausgebaut werden.

Das CCS-Gesetz zur Abscheidung und Endlagerung von CO<sub>2</sub> hat kurz vor dem Ende der Wahlperiode Schiffbruch erlitten. In dem Augenblick als die Bürger vor Ort gemerkt hatten, was auf sie zukommen soll, gab es umfassende Widerstände. Die Union, die das Gesetz gerade noch eins zu eins auf die Interessen der Energiekonzerne abgestimmt im Parlament verabschieden wollte, ließ das Gesetz fallen wie eine heiße Kartoffel. Vor Vertretern der Energiewirtschaft beruhigte die Kanzlerin aber, dass das Gesetz direkt nach der Wahl kommen wird und dass sie es nicht einsieht, die Rechte der Bürger zu stärken.

Die Unterstützung der Kohle zeigt: Merkel und Gabriel fehlt es offensichtlich an Ideen und Mut, dem Klimawandel eine ambitionierte Erneuerbare-Energien-Strategie entgegen zu stellen! Der Emissionshandel hat bis heute vor allem Mitnahmeeffekte für die Energiekonzerne erwirtschaftet. CO<sub>2</sub>-Reduktionen können hingegen kaum belegt werden. Diese fallen auf das Konto der Erneuerbaren Energien sowie der Wirtschaftskrise.

## Internationale Erneuerbare-Energien - Politik

Zu begrüßen ist, dass die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) gegründet wurde. Dies hatte noch die rot-grüne Bundestagsmehrheit in der vorausgegangenen Wahlperiode eingefordert.

Leider erwiesen sich Gabriel und Merkel als schwache Verhandlungskünstler. Das Erdöl-Emirat Abu Dhabi lockte der Bundesregierung mit einer geschickten Verhandlungsstrategie den Standort der Agentur ab und die Franzosen dürfen im Gegenzug den Posten der Chefin besetzen. Deutschland wurde mit einer Außenstelle in Bonn abgefunden, damit die Niederlage nicht zu peinlich wurde.

Keine sichtbaren Initiativen gab es von der schwarz-roten Bundesregierung hingegen zur überfälligen Abschaffung von EURATOM oder gar für die erforderliche Einführung eines europäischen Vertrages für die Einführung Erneuerbarer Energien (EURENEW).

Ebenso Fehlanzeige gibt es bei den Themen Europäische Biogaseinspeisungsstrategie, die die Abhängigkeit von Erdgasimporten drastisch reduzieren könnte, sowie bei der Desertec! Desertec wird zwar von der Bundesregierung mittlerweile befürwortet, doch die zuständigen Beamten schlafen den Schlaf der gerechten und die Minister denken nicht daran sie aufzuwecken.

## Besteuerung von Energie

Bereits mehrfach wurde von der Großen Koalition das Energiesteuergesetz verschlechtert. Hier gilt die Devise: Je mehr Energie benötigt wird, desto geringer die Besteuerung. Das Verursacherprinzip wird so ausgehebelt und der Anreiz zum Energiesparen gesenkt. Der Ausstoß von Klimagasen wird so belohnt. Statt endlich die vielen Subventionen für fossile und atomare Energien abzuschaffen, wie die Nichtbesteuerung von Flugbenzin, von Schiffsdiesel, von Erdgas im Verkehrsbereich und von Atomrückstellungen, werden Biokraftstoffe besteuert und der fossile Agrardiesel weiter steuererleichtert. Es findet derzeit genau das Gegenteil einer ökologischen Steuerpolitik statt. Das schwarze Bundeswirtschaftsministerium hat für die Zeit nach der Bundestagswahl bereits weitere Energie-Steuerbefreiungen für Unternehmen eingefordert.

## Innovationsgerede statt Innovationen

Zum Rohrkrepierer entwickelte sich der Innovationspolitische Berater der Bundeskanzlerin, von Pierer. Von Pierer musste mittlerweile bei Siemens wegen Korruptionsverdacht seinen Hut nehmen. Die Kanzlerin versteckte ihn fortan vor der Öffentlichkeit, bis sie ein neues Innovationsgremium erfand, in dem er nicht mehr drin war.

Das Bundesumweltministerium hielt immerhin eine Innovationskonferenz ab, das war es, Folgen keine.

Während auf der einen Seite der Mut fehlte, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, werden auf der anderen Seite PR-Veranstaltungen durchgeführt, die von der ruhenden Hand ablenken sollen. Aus dem Innovationskongress folgt konsequent wiederum keine Konsequenz, außer dass wieder einmal ein Gremium eingerichtet wird, das sich um Innovation kümmern soll. Zukünftig wird es neben den Innovationszirkeln des Bundeskanzleramts und des Forschungsministeriums auch noch eines des Umweltministeriums geben. Da entwickelt sich ein ganzer Innovationszoo. Aber die vielen Innovationen für Erneuerbare Energien, für Einsparttechnologien und Speichertechnologien, wie Meeresenergien, Thermoelektrik, Supraleitung, u.a. bleiben in der Schublade liegen. Lediglich die Batterieentwicklung wurde herausgeholt, nachdem die Japaner und die USA weit voran marschiert sind. Der Umweltminister versucht, sich als Innovationsminister zu verkaufen. Doch die Mittel für die Photovoltaikforschung will er 2010 drastisch zusammen streichen. Dabei bräuchte die deutsche Photovoltaikindustrie gerade jetzt Innovationen, um die Kosten zu senken und sich gegen chinesische Billiganbieter durchzusetzen. Ein Innovationsminister würde das Marktanzreizprogramm für Erneuerbare Energien zu einem Innovationsprogramm entwickeln. Ein Innovationsminister hätte schon längst einen Business-Plan-Wettbewerb für Erneuerbare Energien ins Leben gerufen und ein Innovationsminister würde gezielt Preise ausschreiben zur Erreichung problemlösungsorientierter Benchmarks.

Auch gegen die unglaublich hohen Atomforschungsmittel von ca. 4 Mrd. € im EURATOM-Programm und der dem gegenüber geradezu lächerlich wirkenden Mittelausstattung für Erneuerbare Energien von nur ca. 600 Mio. € im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU hatten weder Umweltminister Gabriel, noch Forschungsministerin Schavan Widerstand entgegen gebracht.

### Fazit:

Die große Koalition hat sich bislang überwiegend gegenseitig in der Energiepolitik blockiert. Da, wo sie gehandelt hat, kam es teilweise sogar zu Verschlechterungen für Erneuerbare Energien - vor allem im Steuerrecht und bei den Biokraftstoffen. Die großen Auseinandersetzungen wurden noch nicht entschieden, wie der Atomausstieg, oder endeten in einer weitgehenden Fortschreibung des Status Quo wie die Wettbewerbsfragen und die Novelle des EEG. Es muss jetzt darum gehen, den reinen, nachhaltig angebauten Biokraftstoffen wieder eine faire Chance zu geben; ein erfolgreiches Wärmeengesetz für Erneuerbare Energien zu verabschieden; ein Biogaseinspeisungsgesetz mit klaren und auskömmlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für neue Investoren und endlich gute Rahmenbedingungen für die Kraft-Wärme-Kopplung zu schaffen, den Atomausstieg durchzuziehen, eine wirksame Forschungs- und Ausbildungs-offensive für Erneuerbare Energien und Energieeinsparung und einen fairen Wettbewerb im Energiesektor zu schaffen.

*Hans-Josef Fell, MdB, ist Sprecher für Energiepolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis '90/Die Grünen.*

Berlin, 24. September 2009